

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.20 eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Geschäfts-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonial-Zeile 50 S. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Regelung der Lebensmittelverteilung.

III. Das tägliche Brot. Schon bald nach dem Ausbruch des Krieges traf der Bundesrat Maßnahmen, die den vorzeitigen Verbrauch des Brotgetreides verhindern sollten. Das Verfühlern von Brotgetreide wurde verboten, ein stärkeres Ausmaß des Getreides angeordnet, ferner für die Brotbereitung das Mischen von Roggenmehl in Weizen und von Kartoffeln in Roggen vorgeschrieben. ... Eine Veränderung in der technischen Grundlage der Verteilungsorganisation sollte für das nächste Wirtschaftsjahr, das am 16. August 1915 begann, bessere Verhältnisse bringen. ... Eine Bestandsaufnahme im Mai veranlaßte die mittlere eingetragene Reichsverteilstelle, die tüchtigsten Koppfenne zu verkleinern und sonstige Maßnahmen zur Streckung des Getreides anzunehmen.

preis, die vor dem Kriege durchschnittlich etwa 50 Mt. betrug, auf das Bierfache und mehr erweitert worden. Waren früher für Unkosten und Handelsgeinn 50 Mt. aufzubringen, so jetzt 200 Mt. und mehr. ... Gewiß sind auch die Selbstkosten der Landwirte, Müller, Bäcker und sonstigen in der Erzeugung und der Weiterverarbeitung beschäftigten Unternehmen gestiegen, ein Mad treibt das andre, aber die auf dem Verbraucher lastende Verteuerung steht in gar keinem Verhältnis zu den Mehraufkosten der Produzenten und Bearbeiter. ... Wir haben schon betont, daß die Regierung mit ihren Maßnahmen zur Sicherung der Brotmahrung am schärfsten und planmäßigsten in die freie Wirtschaft eingegriffen hat. ... Es läßt sich auch nicht verkennen, daß nun nicht plötzlich allgemein befriedigende Verhältnisse geschaffen werden können.

teilung von Lebensmitteln unter ihre Kontrolle zu bringen, und daß sie allen Wuchergelüsten in Zukunft die Tür verperrt. ... Die Banken in der Kriegszeit. In unserm Wirtschaftsleben spielen die Banken eine äußerst wichtige Rolle. Früher mehr Vermittler des Geldverkehrs, gewissermaßen Diener des „produktiven“ Kapitals, sind sie im Laufe der Jahre immer mehr zu Partnern des Wirtschaftslebens, zu Herren der industriellen Produktion geworden. ... Der Krieg hat die Stellung der Banken durchaus nicht geschwächt. Im Gegenteil, die Kriegszwänge der Großbanken zeigen steigende Gewinne. Das Kriegsjahr 1915 war für die Banken ein Jahr glänzender Hochkonjunktur. ... Die Herren der Banken sind die Herren der Welt!

Table with 3 columns: Eigenkapital in Millionen Mark, Reingewinn, Proz. Lists banks like Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, etc.

Die Gewinne der Kassenbanken sind auch relativ viel bedeutender als die der mittleren und kleineren. Im allgemeinen geht der Gewinn entsprechend der Kapitalgröße rasch in die Höhe. Eine Ausnahme machen nur die Kommerzbank, die mit 100 Millionen Kapital einen trotzdem relativ hohen Gewinn zu verzeichnen hat, und die Darmstädter Bank, die umgekehrt relativ schlecht abgeschnitten hat. Das Kriegsjahr hat also die Kassenbanken noch gestärkt, und speziell die Deutsche Bank ist wiederum zur 12 1/2-Prozent-Dividende zurückgeführt, die sie vor dem Kriege seit Jahren verteilte hatte. Das Bankkapital wird also aus dem Kriege bedeutend gestärkt hervorgehen.

In welchem Maße sich die Banken an den Kriegsanleihen beteiligt haben, geht aus ihren Berichten nicht ganz klar hervor. Während ihr Besitz an Staatsanleihen nur relativ gering, um 36 Millionen (im Vorjahre um 35,2 Millionen) angewachsen ist, hat sich ihr Wechselbesitz um die gewaltige Summe von 681,8 Millionen auf 2492,4 Millionen Mark vermehrt, was wahrscheinlich ausschließlich auf Reichswechsel zurückzuführen ist, da private Wechsel kaum noch zirkulieren. Es scheint also, daß das Reich zunächst sich Geld durch Diskontierung von Wechseln verschafft, dann den Banken dafür Anleihen übergibt, die diese unter die Geldkapitalisten bringen.

Die Frage, ob die Banken für den Übergang zur Friedenswirtschaft gut gerüstet sind, läßt sich nicht ohne weiteres beantworten. Sicher ist, daß ihre Verbindlichkeiten stark gestiegen sind, auf das 4/5fache des Eigenkapitals gegen das 3/4fache im Vorjahre. Sollte ein wirtschaftlicher Aufschwung mit starker Geldnachfrage einsetzen, so könnten sie leicht in Verlegenheit geraten. Es scheint aber, daß sie eine solche Wendung gar nicht erwarten: vorläufig muß man die Kriegszeit nach Möglichkeit aus.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1915.

In einer Beilage zur Nr. 32 des „Korrespondenzblattes“ veröffentlicht die Gewerkschaftskommission eine Kartellstatistik für das Jahr 1915. Von auch die Zahl der Kartelle, ihr Umfang und ihre Tätigkeit unter dem Einfluß des Krieges eine starke Beeinträchtigung erfahren, so ist doch im großen und ganzen das System der Kartelle intakt geblieben.

Der zahlenmäßige Bestand der Kartelle belief sich 1915 auf 757. Ihre wirkliche Zahl dürfte jedoch erheblich geringer sein. An der Statistik sind 524 Kartelle beteiligt, 54 weniger als im Vorjahre. Verglichen mit dem Kartellbestande vor Ausbruch des Krieges befinden sich unter den bestehenden Kartellen 236, die bis 1900 Mitglieder hatten, und 35, die über diese Zahl hinaus bis 5000 Mitglieder zählten. Von den größeren Kartellen zehlen in der Statistik nur Deutscher und Solingen.

Den an der Berichterstattung beteiligten Kartellen waren 6601 Gewerkschaften mit zusammen 884.147 Mitgliedern angeschlossen. Die gleichen Kartelle zählten vor Ausbruch des Krieges am 31. Juli 1914 2.127.631 Mitglieder; ihre Zahl ging also durch Geburten und sonstige Verluste bis Jahresabschluss 1915 um rund 1,2 Millionen zurück. Von dem Bestande des Berichtsjahres kommen 6583 Zweigvereine mit 880.013 Mitgliedern auf die der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind, 17 Zweigvereine mit 4120 Mitgliedern auf die Europäischen Eisenbahner und 1 Zweigverein mit 14 Mitgliedern auf den Verband der Feinzer.

Die Einrichtungen der Kartelle zur Förderung der gewerkschaftlichen Interessen sind in ihrer Art von dem Kriegszustand unberührt geblieben, ihre Wirksamkeit ist jedoch, soweit sie zur Erfüllung besonderer Aufgaben eingesetzt werden konnten, in Betracht kommen, teilweise oder völlig aufgehoben worden. Eine Ausnahme machen nur die Arbeitersekretariate; die Zahl derselben beträgt 115 und ist um 4 höher als 1913. Die Sekretariate bilden die wertvollste Einrichtung der Kartelle für die Arbeiterschaft. Sie erfordern auch einen erheblichen Kostenaufwand, der für 1915 im Vergleich zu dem Jahre 1913 nur unmerklich gesunken ist und dessen Ausführung die Kartelle bei der stark rückgängigen Mitgliederzahl übermäßig belastet. Außerdem ist man sich über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Sekretariate in Gewerkschaftskartellen durchaus klar, denn durch die Verknüpfung der Mitglieder der Kartelle mit der Arbeiterschaft, die mit der Kriegsjahresorganisation zusammenhängen, sind den Sekretariaten neue, wichtige Aufgaben erwachsen. 24 von den größeren Kartellen haben zur Erzielung der Kartellzwecke Büros eingerichtet, in denen in den meisten Fällen Angestellte tätig sind. Insgesamt waren 1915 in den Gewerkschaftsbüros und Sekretariaten 183 Angestellte beschäftigt, 24 weniger als 1914.

Der Ansehen der Kartelle hat sich unter dem Kriegszustand verbessert. Gleich nach Ausbruch des Krieges kümmerten sich die Kartelle eine Reihe neuer Aufgaben an. Es geht zunächst, auf die Regelung und Auf-

besserung der Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer und Arbeitslosen und die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten durch die Gemeinden hinzuwirken und daran mitzuarbeiten. Das Jahr 1915 wird besonders gekennzeichnet durch die Mitarbeit der Kartelle bei der Einrichtung von öffentlichen Arbeitsnachweisen, um den nach Beendigung des Krieges zu erwartenden Andrang auf den Arbeitsmarkt in geeigneter Bahnen leiten zu können. Die Kriegsbekämpfungsbeförderung bedarf der ständigen Aufmerksamkeit der Gewerkschaften, weil bei der Unterbringung Kriegsbeschädigter in passende Beschäftigungen die vitalsten Interessen der Arbeiterschaft berührt werden. Schließlich gilt es auch für die Kartelle, kassierlich mitzuarbeiten auf dem für das deutsche Volk so unendlich wichtigen Gebiete der Lebensmittelversorgung. Es war besonders notwendig, auf eine gerechte Verteilung der vorhandenen Vorräte zu dringen und übertriebenen hohen Preissteigerungen entgegenzuwirken. Die Zahl der von den Kartellen im Jahre 1915 abgehaltenen Versammlungen betrug 607, sie dürften zum größten Teil die Fragen der Volksernährung behandelt haben.

Die Beitragsleistung der Kartelle bewegte sich im allgemeinen zwischen 20 Pf. und 2,60 Ml. pro Jahr und Mitglied. Nur vier Kartelle gehen über den letzten Satz hinaus. Von den berichteten Kartellen hatten 138 eine Beitragsleistung bis zu 40 Pf., 216 eine solche von 41 bis 100 Pf., und einen Beitragssatz von 1,01 bis 2,60 Ml. erhoben 134 Kartelle.

Angaben über die Klassenverhältnisse machten 506 Kartelle. Diese verzeichnet eine Gesamtzunahme von 974.108 Ml., davon kommen auf Beiträge 617.422 Ml. und auf sonstige Einnahmen 356.686 Ml. Die Gesamtaufgabe betrug dagegen 1.149.818 Ml., überstieg also die Einnahme um 175.210 Ml. Das Mehr an Ausgaben wurde aus den Klassenbeiträgen gedeckt, die während des Berichtsjahres von 824.117 Ml. auf 648.907 Ml. zurückgingen. Alle Ausgabenposten sind geringer als in den Vorjahren und die meisten sehr erheblich. In einzelnen wurden veranschlagt für Agitation 36.767 Ml., Arbeitervertreterwahlen 1251 Ml., statistische Erhebungen 1735 Ml., Gewerkschaftshäuser und Verammlungshäuser 119.677 Ml., Verkäufe und Arbeitsnachweise 38.006 Ml., Sekretariate und Rechenschaftsstellen 448.277 Ml., Bibliotheken und Zeitschriften 59.069 Ml., sonstige Bildungszwecke 45.224 Ml., Jugendberziehung 34.958 Ml. und Verwaltung 190.906 Ml. 113 Kartelle brachten zusammen durch Sammlungen und aus den Klassen 46.735 Ml. auf zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer und Arbeitslosen. Einschließlich des Jahres 1914 belaufen sich die gleichen Kartellen nach den gemachten Angaben die für die Kriegsjahresaufgabe aufgebrauchten Summen auf 74.567 Ml. In Wirklichkeit dürfte jedoch die Gesamtsumme bedeutend höher sein, da augenscheinlich viele Kartelle es unterließen, für 1914 nachträgliche Angaben zu machen.

Die Gewerkschaften haben während des Krieges sich nach Kräften bemüht, die Interessen des werktätigen Volkes zu wahren, und fruchtbar Arbeit geleistet. An dieser Tätigkeit haben die Kartelle einen hohen Anteil. Ihre Arbeit muß um so höher bewertet werden, als sie in schwieriger Lage geleistet wurde.

Der Krieg als Konjunktur.

„In Zulienne sowohl wie in Wöhnen ist kein rechter Zug im Geschäft. ... Da ein kriegerischer Krieg — fast möchten wir sagen leider — kurze Zeit nicht in Sicht ist, so könnte nur eine gründliche Witterung den verfahrenen, schwer mit Vorräten beladenen Vörratgemäßen erkundern.“

So schrieb vor jetzt etwa 10 Jahren die „Konferenzzeitung“ in einer Betrachtung über die Geschäftslage. Wir haben damals sofort Einspruch erhoben gegen die kapitalistische Nachlosigkeit, die in der, wenn auch verknäuelten, Herbstwüstung eines Krieges liegt. Es ist auch anzunehmen, daß die Redaktion der „Konferenzzeitung“ heute ihre unbeachteten Neuperfungen von damals behauptet und von einem kriegerischen Krieg nicht mehr schreiben würde. Was uns jedoch veranlaßt, auf jene Neufassung zurückzugreifen, sind einige Rundgebungen, die hier und da in Unternehmerblättern auftauchen und die so recht zeigen, daß der Krieg auch jetzt noch von manchen Seiten als „Konjunktur“ angesehen wird. Mehr als deutlich kommt das zum Ausdruck in einer Notiz der Wiener Fachzeitschrift, die in Nr. 4/1915 — wir zitieren nach dem Schlußmacherfolgt — schrieb:

„Der Krieg ist für die Schuhbranche also bisher keine Katastrophe, sondern eine Befreiung gewesen; er hat gewirkt wie ein reinigendes Gewitter, dessen befuchtender Regen neues Wachstum bringt.“

Es ist schon richtig, daß die „Schuhbranche“ glänzende Geschäfte gemacht hat. Besonders in Oesterreich, wo der Patriotismus der Schuhfabrikanten so weit ging, daß sogar die Soldaten mit Stiefeln ausgerüstet wurden, deren Sohlen aus — Papppe bestanden. Aber auch in Deutschland haben die Leder- und Schuhfabrikanten ihr Glück gemacht. Das geschieht die Zeiterscheinung „Ehuh und Leder“ auch ganz ungeniert ein. Sie schreibt in einem Artikel „Bereit sein ist alles“ unter anderem: „An Erfahrung hat wohl jeder gewonnen, die für die Friedenszeit gut zur Geltung kommen kann. So mancher, der vor dem Krieg mit Geldnot zu kämpfen hatte, ist gesund geworden, hat Mittel erworben und muß nun schauen, daß er mit den neuverworbenen Mitteln rentabel wirtschaften kann. ... Das Erworbene festzuhalten, ist auch eine Bereitschaft, die auch nicht zu übersehen wäre. Mancher Boyf wird

abgeschnitten werden. Keine Zeit ist geeigneter, als die jetzige, um, wo es nötig ist, einen Systemwechsel vorzunehmen.“ Mit dem Systemwechsel meint das Blatt nicht etwa, die Unternehmer sollten nun endlich einmal mit ihren unerschöpflichen Pressen heruntergehen, um bei unbedeutender Bevölkerung das Durchhalten zu erleichtern, sondern es will, daß das System, das sich in der Kriegszeit als so günstig für die Unternehmer erwies hat, in die Friedenszeit übernommen wird. Man will auch im Frieden Kriegsgewinne erzielen — das ist das Ideal der Leute, die nach der berkehrten Seite umgelehrt haben.

Mehr von allgemeinen, aber darum nicht sympathischen Erwägungen kommt der dem Zentralverband Deutscher Industrieller, d. h. den Vertretern des entscheidenden Schatzmachers (wenn man den Ausdruck heute noch gebrauchen darf), nahestehende Schriftsteller Steinmann-Bucher zu Folgerungen und Ansichten, die mit den oben gekennzeichneten eine fatale Ähnlichkeit zeigen. In einer Schrift, die „Deutschlands Volkswirtschaft im Kriege“ betitelt ist, kommt er über die wirtschaftlichen Gesamtwirkungen des Krieges zu folgendem Urteil:

„Es ist geradezu zu einer konjunkturellen Situation gekommen, bei der Staat und Einzelne nicht nur zur Not fortkommen, vielmehr wirtschaftlich gedeihen, ja glänzende Geschäfte machen und leicht dazu neigen können, den Krieg als einen gewaltigen Wubner von wirtschaftlichen Werten, das Kriegshandwerk als ein besonders erfolgreiches Gewerbe zu betrachten. Und das ist das Wunderbare, daß etwas von diesem Empfinden bei uns durch so breite Schichten der Bevölkerung geht, daß man fast von einer allgemeinen Ueberzeugung bei uns sprechen kann, während es bei unseren Feinden nur ein enger Kreis von Nutznießern des Krieges ist, die ihn ausschließlich aus engsten Einzelinteresse ausbeuten. ... Kann es unsern Feinden nicht nachdrücklich genug wieder unter die Nase reiben: Soweit unsere wirtschaftlichen inneren Interessen in Frage stehen, so besteht eine allgemeine Ueberzeugung zwischen den breitesten Schichten des deutschen Volkes, daß ein Zustand, der bei hohen Preisen hohe Löhne und gewisse Gewinne gewährleistet, eigentlich erst zügig und einträglich zugleich ist und noch erträglich wäre, wenn er nicht mit so großen Opfern an deutschem Blut verbunden wäre und wenn nicht doch noch größere oder kleinere Gruppen von Staatsbürgern (Beamte, Festbesitzer, gewisse Gewerbe) unter der Kriegskonjunktur schwerer zu leiden hätten. Aber das friedliche deutsche Volk, das über vier Jahrzehnte keinen Krieg geführt und sich mit der ruhigen, gebildeten Friedensarbeit in dieser Zeit begnügt hat, hat nun, das mögen sich die feindlichen Völker gefast kein lassen, sozusagen den Braten gerochen und am Kriege Geschmack gefunden, und es könnte leicht sein, daß es fortan geneigt wäre, sich stets als bisher im Kriegshandwerk zu üben oder gar bis auf weiteres nach der einen oder andern Seite, zum Beispiel gegen den „Beherrscher der Meere“, einen dauern den Krieg zu führen.“

Es ist gewiß überflüssig, gegen solche verstoffigten Ansinn irgendwelche Gründe ins Feld zu führen. Einseitige Werte nehmen solches Zeug auch dann nicht ernst, wenn es ihnen von einem Nationalökonom — Steinmann-Bucher ist geradezu der Nationalökonom des Zentralverbandes Deutscher Industrieller — vorgelegt wird, auf andre aber wirkt man nicht mit Grünben. Es ist aber beachtenswert und bebaueit, daß solche Ausführungen im Namen des deutschen Volkes hinausgehen, obwohl doch nur ein verhältnismäßig sehr geringer Bruchteil dieses Volkes gewissenlos genug ist, den Krieg als gute Konjunktur zu benutzen und ein noch geringerer Bruchteil töricht genug, den Stuß des „Nationalökonom“ Steinmann-Bucher ernst zu nehmen Zeichen der Zeit sind solche Meufungen aber immerhin.

Die Menschenverluste des Weltkriegs.

Die in Kopenhagen bestehende „Studien-gesellschaft für soziale Folgen des Krieges“ gibt ihren zweiten Bericht heraus, der die „Menschenverluste im Kriege“ behandelt. Ueber den Charakter der Schrift sei vorausgeschickt, daß sie eine durchaus wissenschaftliche, unparteiische und von jeder tendenziösen Voreingenommenheit freie Untersuchung darstellt; wenn die Ergebnisse in manchen Punkten zweifelhaft und sogar anscheinbar erscheinen, so liegt das nicht am bösen Willen der Herausgeber, sondern an der Unzulänglichkeit und Lückenhaftigkeit des zugrunde liegenden statistischen Materials. Die Einleitung betont, daß eine vollständige Erfassung der durch den Krieg verursachten Menschenverluste sich nicht nur auf die direkten Heeresverluste beschränken dürfte, sondern auch noch folgende Punkte erforschen müßte: Die Sterblichkeit unter den Kriegsgefangenen, die Verluste unter der zivilen Bevölkerung durch Kriegsereignisse, die Sterblichkeit unter den Flüchtlingen, die Sterblichkeit unter der zivilen Bevölkerung überhaupt, den Geburtenrückgang. Die Ergebnisse stellen daher nur einen Teil der gesamten Menschenverluste des Krieges dar. Was nun die von der Studien-gesellschaft errechneten direkten Heeresverluste anbelangt, so ist bemerkenswert, daß nach dieser, wie schon betont,

Sulfit-spirit-Gewinnung.

Als vor etw. 40 Jahren Professor A. Müllerschlag, der Erfinder des Sulfit-spirits, seine erste Sulfit-fabrikation in Gama-Küssen errichtete, um die Fabrikation und Fortschritt wegen Verpeilung der Luft und die Sanität wegen Schädigung durch die schwebenden Zellstoff-Fasern. Durch fortwährende technische Verbesserung der Fabrikation ist es gelungen, die schwebenden Zellstoff-Fasern fast vollständig zu eliminieren und so die Frage der Zellstoff-fabrikation für die Bevölkerung erträglicher zu gestalten. Die Zellstoff-Werker haben sich gewöhnlich nur ihren einen Beruf, verdienen die Gasgitter, vergasen die Säure und verbleiben bei häufigem Wechsel der Zellstoffsäure auf der anzuwendenden Säure. Sogar wie vor 40 Jahren können die deutschen Arbeiter nach über die verbleibenden Säuren und der Zellstoff-fabrikation über die Temperatur seiner Säure, während die Zellstoff-fabrikation schon lange Mittel und Wege gefunden hat, aus der Zellstoff-fabrikation wichtige für die Volkswirtschaft sehr wertvolle Produkte herzustellen und so die Arbeiter besser zu stellen zu gestalten. Sogar wie vor 40 Jahren können die deutschen Arbeiter nach über die verbleibenden Säuren und der Zellstoff-fabrikation über die Temperatur seiner Säure, während die Zellstoff-fabrikation schon lange Mittel und Wege gefunden hat, aus der Zellstoff-fabrikation wichtige für die Volkswirtschaft sehr wertvolle Produkte herzustellen und so die Arbeiter besser zu stellen zu gestalten. Sogar wie vor 40 Jahren können die deutschen Arbeiter nach über die verbleibenden Säuren und der Zellstoff-fabrikation über die Temperatur seiner Säure, während die Zellstoff-fabrikation schon lange Mittel und Wege gefunden hat, aus der Zellstoff-fabrikation wichtige für die Volkswirtschaft sehr wertvolle Produkte herzustellen und so die Arbeiter besser zu stellen zu gestalten.

Das Verfahren zur Sulfit-spiritgewinnung ist ziemlich einfach. Durch eine Neutralisation wird die flüssige Lauge von dem Säureanion getrennt werden. Diese Neutralisation wird dadurch bewirkt, daß der Lauge Kalk oder Kaliumhydroxid (Kalkwasser) zugefügt wird und dieselbe bei einer Temperatur bis zu 100 Grad C. vier bis fünf Stunden gedacht und dann noch einige Stunden im Behälter abgedampft wird. Dadurch kommt sich der Säureanion auf dem Boden des Trankes, während die klare Flüssigkeit in Dampf abgezogen wird. Im Kalk wird die Lauge vollkommen neutralisiert und zur Aufnahme von Wasserstoff oder sonstigen technischen Verfahren. Durch diesen Vorgang wird die Lauge vollkommener gereinigt. Die klare Lauge wird dann in Säureanion abgezogen, die aus Holz oder Bienen gebaut sind und einen Rauminhalt bis zu 100 Kubikmeter besitzen. Die Lauge wird mit Feil-, Glycerintraft oder andern geeigneten Gemischen versehen, und unter einer Temperatur von 80 Grad C. in 70 bis 80 Stunden zur Gärung gebracht. Bei geeigneter Betriebsführung kann das Gemisch zu mehreren Gärungsstadien benötigt werden. Die im Gärbottich befindliche Lauge ist häufig mit größeren Mengen Dextrose versetzt. Je größer der Dextrosegehalt der Lauge ist, desto schneller geht die Gärung vorwärts. Die gereinigte Lauge wird dann in Destillationsapparaten verdampft. Mit Vorzick werden in der Sulfit-spirit-fabrikation dazu die Kolonnenapparate der Firma Kautschuk in Berlin benutzt, die sich besonders durch ihren geringen Dampfverbrauch auszeichnen.

Dr. Carl Haggland, der eine Spiritusfabrik von 37 Liter 100prozentigen Spirit auf eine Tonne 90prozentigen Zellstoff rechnet, hat eine Untersuchung über die Zusammensetzung des Sulfit-spirits gemacht, die folgende Resultate ergibt:

Wohlgeschmack	91,00 Gewichts-Prozent
Wasser	5,2
Alkohol	3,2
Äther	0,35
Zucker	0,24
Eisensäure	0,0001
Phosphor	0,008

Der Alkohol ist von wasserheller Farbe und hat einen schwachen Geruch von Äther und Zucker. Der Alkoholgehalt des Sulfit-spirits für den menschlichen Gebrauch nicht geeignet und wird deshalb nur zur Fabrication von Spiritus verwendet. Nach einer Berechnung des Ingegnieur-Gemaklers Bergstrom bilden sich pro Tonne Zellstoff 7 Liter Sulfit-spirit, wobei 2,2 Liter durch Aufzergänge verdunstet und der Rest von 4,8 Liter in der Lauge verbleibt.

Die Sulfit-spirit-fabrikation eignet sich besonders für größere Zellstoff-fabriken. Nach einer Berechnung des Chemikers Haggland steigt die Rentabilität der Spirit-fabrikation mit der Größe des jährlichen Zellstoff-umsatzes. Auf Grund seiner genauen Kenntnisse der Fabricationskosten und des Destillationsprozesses hat Haggland folgende Berechnung aufgestellt:

Ausbeute: 10 Liter 100prozentigen Spirit auf 1 Kubikmeter Maische.

Jährliche Zellstoff-Produktion in Tonnen	Investition Anlage der Spirit-fabrik in Mark	Dividende Amortisation und Zinsen der Anlage in Ml.	Erzeugte Mengen Spirit 100prozent in Liter	Amortisation und Zinsen für 1 Liter Spirit in Pf.	Fabrikationspreis für 1 Liter Spirit in Pf.	Verkaufspreis für 1 Liter Spirit in Pf.
30 000	400 000	60 000	1 110 000	5,4	10,4	15,8
20 000	300 000	45 000	740 000	6,1	11,6	17,7
10 000	200 000	30 000	370 000	8,1	13,6	21,7

Je geringer die Ausbeute, desto höher stehen die Fabricationskosten und Verkaufspreise. Bei einer Ausbeute von nur 9 Liter auf 1 Kubikmeter Maische steigen die Verkaufspreise auf 17,6, 19,6 und 24,1 Pf. pro Liter Spirit, und bei 8 Liter Ausbeute auf 19,8, 22,1 und 27,1 Pf. Diese Verkaufspreise haben natürlich nur einen theoretischen Wert, da in der Praxis gewöhnlich Angebot und Nachfrage die Preise regeln, soweit der Wirtschaftsmarkt für dieselben Artikel nicht von einem Trust oder Syndikat beherrscht wird, die dann die Verkaufspreise nach Willkür festsetzen.

In Deutschland werden jährlich rund 45 Millionen Kilogramm Kartoffeln zu Spiritus verarbeitet, aus denen ca. 450 Millionen Liter Spiritus gewonnen wird. Der eine dient nicht ausschließlich zur Fabrication von Spiritus, sondern findet teilweise auch zur Herstellung von Limonaden Verwendung. Da die deutsche Zellstoff-industrie jährlich 550 000 Tonnen Zellstoff erzeugt, so könnten ungefähr 20 Millionen Liter 100prozentigen Spirit fabriziert und in den industriellen Anlagen verwendet werden. Die dadurch ersparten Kartoffeln könnten der menschlichen Ernährung zugute kommen und würden besonders jetzt während der Kriegszeit einen willkommenen Ersatz für die fehlenden Nahrungsmittel bieten.

Ueber hat die Steuer-gesetzgebung zugunsten der „notleidenden“ Landwirtschaft die Fabrication von Sulfit-spirit verhindert, da sie den Zellstoff-Spiritus mit 37 Ml. versteuert hat, von der 18 Ml. Steuer dem Erzeuger zurück-zuerhalten werden, wenn der Spiritus demariert wird. Dadurch würde der Verkaufspreis für Sulfit-spirit auf 35—37 Ml. pro Hektoliter steigen, während zur Friedenszeit durchschnittlich Sulfit-spirit frei Hamburg mit 25 Ml. pro Hektoliter zum Kauf angeboten wird. Allerdings befindet sich Schweden seinen Spiritus nur mit 7 bis 8 Kronen für den Hektoliter. Durch diese unvernünftigen hohe Steuer ist einer Sulfit-spirit-industrie in Deutschland die Lebensfähigkeit abgeschnitten zugunsten der Spiritus-brenner und Spiritus-produzenten, die mit Hilfe der Steuer-gesetzgebung eine Monopolstellung erlangt haben. Solange die Spiritussteuer von Reich wegen keine vernünftige Änderung erfährt, die es auch ermöglicht, vorhandene Werke auszunutzen, solange werden weitere Millionen Mark dem deutschen Volkswirtschaft jährlich entzogen werden, solange werden aber auch die Zellstoff-lieferanten der deutschen Zellstoff-industrie die Gewässer hinausschießen, die vermissen, Franzosen und Holländer zu schaden und dadurch weiter beitragen zur Bereicherung wichtiger Nahrungsmittel. G. St.

zelm wissenschaftlichen Schätzung der weitaus größere Teil der Verluste auf die Doree der Ententekräfte entfällt. Die Verluste unserer Gegner werden wie folgt berechnet:

Land	Tote	Verwundete	Tote und Verwundete	Invaliden
Belgien ...	80 000	110 000	180 000	33 000
England ...	205 000	512 000	717 000	154 800
Frankreich ...	885 000	2 115 000	3 000 000	634 000
Italien ...	105 000	245 000	350 000	73 500
Rußland ...	1 498 000	3 320 000	5 818 000	1 146 000
Serbien ...	110 000	140 000	250 000	42 000
Zusammen	2 853 000	6 942 000	9 795 000	2 082 800

Von diesen Zahlen können allerdings nur die auf England bezüglichen Anspruch auf einige Genauigkeit erheben, da England allein von unseren Gegnern seine Verluste amtlich bekanntgibt. Die Zahlen der übrigen Länder beruhen auf zum Teil recht geschätzten Kombinationen und Berechnungen nach irgendwelchen an die Öffentlichkeit gelangten Teilergebnissen, müssen aber doch — trotz aller Sorgfalt in der Abschätzung — mit Vorsicht aufgenommen werden. Die Statistik hat sich bei allen Schätzungen an das Mindestmaß gehalten; wir können es wohl darauf zurückführen, wenn uns einige Resultate noch bedeutend hinter der Wirklichkeit zurückzubleiben scheinen; so halten wir namentlich die italienischen Verluste für viel zu gering, und auch die französischen und die russischen bei aller Größe dieser Zahlen noch als rechtlich knapp berechnet.

Insmerhin läßt sich aus der Tabelle manches Beachtenswerte herauslesen. Sie bestätigt von neuem die Tiefenverluste der Ententeheere, die selbst nach dieser sehr vorsichtigen Berechnung allein an Toten und Verwundeten — von Franken und Gefangenen ganz abgesehen — nahezu 10 000 000 Mann eingebracht haben. Ein Vergleich der englischen und französischen Verluste illustriert die Klage vieler Franzosen, daß England sein Blut spart, während das französische in Strömen fließt. Bei Rußland ist beachtenswert der hohe Prozentsatz der Invaliden — fast ein Drittel der Verwundeten —, ein trauriges Zeugnis für den Stand der russischen Heilkräft. Der russische Gesamtverlust (mit Kranken und Gefangenen) wird auf über 7 000 000 berechnet.

Aus der Industrie

Lohnforderungen in der Tapetenindustrie.

„Tapeten sind kein Artikel, mit dem man Millionen verdienen kann, aber wohl noch einer, woran man wohlhabend werden kann.“ Dieses offene Geständnis legte in der Nr. 18 der „Tapeten-Ztg.“ vom Jahre 1915 ein Tapetenhändler ab im Gegensatz zu dem ständigen Geklämm der Tapetenindustrie über die angeblich tieftraurige Notlage der Tapetenfabrikanten und -händler. Durch die fortwährenden Preissteigerungen für Papier, Farbstoff und Klebstoff kam die „Wohlhabenheit“ der Tapetenindustriellen in Gefahr, wenn nicht auch sie durch Preissteigerungen ihrer Erzeugnisse für den Wohlstand der Branche sorgten. Als „weise“ Familienväter ihrer Industrie haben sie auch nicht veräußert, jede Wohlhoff-Preissteigerung mit einer Lohnforderung an ihre Abnehmer zu beantworten.

Am 23. Juli d. J. hatten sich die Tapetenfabrikanten mit ihren Händlern in Eisenach zusammengefunden, um wiederum über neue Lohnansprüche der Fabrikanten zu unterhandeln. Das Ergebnis der Verhandlungen war für die Tapetenfabrikanten sehr erfreulich, wie aus einer Veröffentlichung der „Tapete“ hervorgeht, nach der ihnen folgende Preisaufläge bewilligt wurden:

Tapeten bis einschließlich 15 Pf. Listenpreis	75 Proz. Zuschlag
Tapeten von 16—75 Pf. Listenpreis	66 1/2 %
Tapeten von 76—100 Pf. Listenpreis	50 %
Tapeten von 101—190 Pf. Listenpreis	35 %
Tapeten über 190 Pf. Listenpreis	25 %
Wolltapeten	20 %

Bezeichnenderweise entfällt auf Tapeten für Arbeiterwohnungen der höchste Preiszuschlag. Die Tapetenhändler haben die Ungerechtigkeit dieser Preisbelastung auch eingesehen und tragen deshalb, wie sie versichern, den Zuschlag für Tapeten bis zu 55 Pf. und über 3,20 Mk. pro Rolle selbst. Für den Tapetenfabrikanten ist es auch gleichgültig, wer den Zuschlag bezahlt. Die Hauptsache ist, daß er seinen Korb dabei findet. Ueber die Unersättlichkeit der Papierfabrikanten zu klagen, haben die Tapetenfabrikanten nach den jetzigen Preissteigerungen keine Ursache mehr. Die Vertreter beider Gruppen haben das Bestreben, möglichst viel zu nehmen, dafür aber recht wenig wieder abzugeben.

Die Tapetenarbeiter gehören, gleich den Papierarbeitern, zu den schlechtestentlohnerten Gruppen der gesamten Papierindustrie. Das wird selbst von dem Redakteur und Verleger der Unternehmerrzeitung „Die Tapete“ rüchloslos anerkannt, der kurz nach Kriegsausbruch in der Nr. 24 seiner Zeitschrift schrieb: „Bisher haben wohl die Arbeiter von ihren Ersparnissen zuleben können. Allzu reichlich sind aber die Reserven des auf Arbeit angewiesenen Mannes nicht, und wenn sich nun der Krieg doch wider Erwarten in die Länge ziehen sollte, so wird die Zeit nahe, daß sich die früher in der Tapetenbranche Betätigten aus Not gezwungen sehen, soweit nicht des Brotverdiens halber schon eine Abwanderung in andre Erwerbszweige erfolgt ist, zu ergreifen, was sich ihnen bietet.“ Abgesehen davon, daß bei den mangelhaften Löhnen der Tapetenarbeiter höchstens „arbeitende“ Fabrikdirektoren und Werkmeister Ersparnisse machen konnten, sind diese Voraussagungen des „Tapete“-Redakteurs voll eingetroffen. Die leistungsfähigsten Tapetenarbeiter haben den Stand der Tapetenfabriken von ihren Füßen geschüttelt und in der besser zahlenden Nahrungindustrie Arbeit genommen. Die Musterzeichner und die Formstecher negen seit Kriegsausbruch am Hungertode; ihnen wurde der Wohlstand von den Tapetenfabrikanten noch dadurch höher gehängt, daß die Musterlarten in unverantwortlicher Weise immer noch zurückgehalten werden, obgleich die Unternehmer durch ihre Kurzsichtigkeit die eigene Industrie schädigen. Durch Einführung der zweijährigen Musterlarten nach dem Kriege soll den Formstechern und den Musterzeichnern die Lust am Berufe vollkommen verleidet und deren Fahrenflucht aus der Tapetenbranche mit Gewalt gefördert werden. Die heute noch in der Tapetenindustrie tätigen Arbeiter, die nach Gallmann schon vor dem Kriege nicht in der Lage waren, „allzu reichliche Reserven“ aufzuspeichern, sind in ihrer Lebenshaltung durch die enormen Preissteigerungen während der Kriegszeit noch tiefer gedrückt worden. An der überaus traurigen Lage dieser Arbeiter ändert auch die von einzelnen

Unternehmern gewährten kleineren Lohnzulagen nichts. Nur vereinzelte Unternehmer dürften der Aufforderung der „Tapete“ nachgekommen sein und ihre Angestellten und Arbeiter „erwerbss- und zahlungsfähig“ erhalten haben; die Mehrheit der Tapetenindustriellen hat durch ständige Preissteigerungen ihrer Erzeugnisse dafür gesorgt, daß der „wohlhabende“ Stand der Tapeten-Darlei wohl erhalten bleibt.

Auf Grund ihrer bis jetzt durchgesetzten Preissteigerungen sind die Tapetenfabrikanten in der angenehmen Lage, ihre Arbeiterschaft ausreichend zu entlohnen. Wenn sie es trotzdem nicht tun, so liegt die Schuld nicht zuletzt an den Tapetenarbeitern selbst, die nur allzu lange durch ihre Gleichgültigkeit und Ineresslosigkeit das Bestimmungsrecht über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse uneingeschränkt in den Händen der Unternehmer gelassen haben. Es ist die Pflicht der Tapetenfabrikanten, im Interesse des Vaterlandes nicht nur Tapeten in patriotischen Farben herzustellen, sondern auch dafür zu sorgen, daß ihre Arbeiter und Arbeiterinnen so gut bezahlt werden, daß sie und ihre Familie vor der größten Not und dem stärksten Elend geschützt sind. Durch den Anschluß an ihre Berufsorganisation mögen die Tapetenindustriearbeiter und ihre verwandten Berufsgenossen den Unternehmern zum Bewußtsein bringen, daß nicht nur die „wohlhabenden“ Fabrikanten und Händler, sondern auch die mit großer Not kämpfenden Tapetenarbeiter die Möglichkeit zum „Durchhalten“ haben müssen. G. S.

Der „Tag“ im Jahre 1915.

Der größte Teil der deutschen Tapetenfabriken ist in Händen von Gesellschaften mit und ohne Haftung, sowie im Eigentum von Privatbesitzern, die ihre jährlichen Geschäftsabschlüsse nicht zu veröffentlichen brauchen. Nur eine kleine Anzahl firmiert als Aktiengesellschaften. Wollte man die Rentabilität der Tapetenfabrikation an den Erträgen messen, so läßt sich, wenn man die Verluste und den Gewinn der Tapetenindustrie in die Welt hinaus blasen. Ganz so schlimm steht es um ihre Existenzfähigkeit aber nicht, wie es in den Geschäftsabschlüssen zum Ausdruck kommt. Ein Teil der Aktiengesellschaften, darunter auch als größte die Tapeten-Aktiengesellschaft (Tag) in Berlin, tragen schon bei ihrer Gründung den Todeskeim in sich, andre werden durch verheerliche Spekulationen an den Rand der Pleite gebracht. Von den letzteren hat auch die „Tag“ einige auf dem Gewissen. Dieses Unternehmen, das vor Jahren gegründet wurde, um die gesamte deutsche Tapetenindustrie zu verwalten, hat an dem Wiberstande der früheren Fabrikantenorganisation und an der glänzenden Finanzkraft einiger dem Tag zugehöriger Unternehmen Schiffbruch erlitten, so daß die Aktionäre seit Gründung der Gesellschaft im Jahre 1907 erst insgesamt 6 Prozent Dividende erhalten haben. Selbstverständlich hatten die Aktionäre auch während der Kriegszeit keine Füllung ihrer Taschen zu erwarten. Trotzdem ist es der Gesellschaft im Geschäftsjahre 1915 gelungen, nach Abschreibungen von 305 000 Mk. noch einen Reingewinn von 23 843 Mk. zu erzielen. Im Vorjahre hatte die Firma einen Verlust von 20 714 Mk. zu verzeichnen, der durch den Vortrag gedeckt wurde.

Wenn es der „Tag“ trotz der steigenden Rohmaterialpreise gelungen ist, den Verlust vom vorigen Jahre zu überwinden und im Jahre 1915 einen wenn auch mäßigen Reingewinn zu erzielen, so deutet dieses Zeichen sicher nicht auf eine Besserung der Tapetenfabrikation während der Kriegszeit hin.

Verlängerung der Linoleum-Konvention.

In der deutschen Linoleum-Konvention, die seit Jahren sehr zum Vorteil der Fabrikanten gearbeitet hat, wie aus den Geschäftsabschlüssen der einzelnen Werke vor dem Kriege ersichtlich ist, trübt es seit einiger Zeit. Zunächst hatten die Debburger Linoleumwerke der Konvention den Rücken gekehrt, jetzt ist auch die Rüdorfer Linoleumfabrik in Neudamm gestürzt, die mit den Rüdorfer Linoleumwerken verzwängert ist. Die Rüdorfer Fabrik wurde erst kurz vor dem Ausbruch des Krieges in die Konvention in Gnadon aufgenommen, bis dahin galt sie als Konkurrenzwerk, dessen Fabrikate keinen Preiszuschlag genossen, und deshalb von den deutschen Firmen unterboten werden durften. Allen Anschein nach haben sich die Beziehungen der Rüdorfer Fabrik zu der Konvention während der Kriegszeit wieder verschlechtert, denn nur so ist es zu verstehen, daß der Rücktritt der Rüdorfer Linoleumfabrik von der Konvention auf ihre Beziehungen zur Rüdorfer Linoleumfabrik zurückzuführen ist.

Die Konvention wurde vor kurzer Zeit in Köln bis zum Ende des Jahres 1916 verlängert, wobei ihr die Debburger Fabriken, Hansa-Schlüssel und Unter-Mark, sowie die Fabriken Weigheim und Magistromskau die Treue bewahrt haben.

Unternehmergewinne in der Linoleumfabrikation im Jahre 1915.

In Nr. 26 des „Proletariat“ haben wir schon bei der Besprechung der Geschäftsergebnisse mehrerer Linoleumfabriken darauf aufmerksam gemacht, daß die Linoleumfabrikanten trotz großem Mangel an Rohstoffen und dem damit verbundenen Betriebs Einschränkungen recht nette Kriegsgewinne einflecken können. Diese unsere Ansicht wird noch bekräftigt durch die in der letzten Zeit erschienenen Geschäftsberichte einiger Aktiengesellschaften.

Die Linoleumfabrik Magistromskau erzielte einen Warengewinn von 681 605 Mk., trotzdem die Rohstoffpreise für die Fabrik fast ganz unter Nullen war. Nach Abzug von 172 564 Mk. für Abschreibungen und den entsprechenden Handlungsumsätzen im Betrage von 267 225 Mk. verblieb einschließlich eines Vortrages in der Höhe von 233 490 Mk. ein Reingewinn von 455 296 Mk., der sich durch Kürzung der Kriegsgewinnsteuer für 1914 auf 397 297 Mk. ermäßigt. Die Aktionäre erhalten wie im Vorjahre wieder 5 Prozent Dividende. Nach Abzug der Gewinnanteile und Beizettelung von 10 000 Mk. für unrichtige Außenstände, sowie 36 500 Mk. als Kriegsgewinnsteuer-Büchse für 1915 verbleibt ein Gewinnvortrag für 1916 von 214 438 Mk.

Sehr zufrieden dürfen auch die Aktionäre der Firma Poppe u. Birch, A.-G., in Berlin mit dem Geschäftsergebnis für 1915 sein. Die Firma bringt eine Dividende von 7 Prozent zur Verteilung. Im Vorjahre mußten sich die Aktionäre mit 4 Prozent zufrieden geben. Einschließlich 68 313 Mk. Vortrag aus dem Vorjahre wurde ein Ueberschuß von 400 508 Mk. erzielt, wovon nach Verteilung der Dividende noch 79 500 Mk. als Gewinnvortrag für das Geschäftsjahr 1916 verbleiben. Für Kursverluste wurden 13 114 Mk., und für sonstige Abschreibungen 18 672 Mk. in Anrechnung gebracht.

Nach den bisherigen Ergebnissen müssen wir erneut die Forderung an die Linoleumfabrikanten stellen, ihren Arbeitern Lohnsteigerungen und Zulagen in ausreichendem Maße zu gewähren.

Vom Terror der Zementsyndikate.

Es ist genugam bekannt, daß die Preisvereinbarungen der Unternehmer gegen Außenleiter mit einer Rücksichtslosigkeit vorgehen, die im Wirtschaftsleben nur wenig Beispiele findet. Dessenungeachtet streiten die Unternehmer über ihre Vereinbarungen das allerdings immer ab. Da sind sie voll Respekt vor der Freiheit der Person und voller Achtung vor dem Willen und dem Entschluß des einzelnen. So sehr, daß sie entsetzt Ausnahmegerichte fordern, wenn irgendwo einmal ein Arbeiter seine Arbeitskollegen etwas allzu energisch an ihre Pflicht zur Solidarität erinnert. Wie sie es aber tatsächlich treiben, ist schon an vielen Beispielen bekannt geworden. Einen neuen Beleg dafür liefert eine Rechtsfotografie, der zwischen einer Zementfabrik und einem süddeutschen Zementverkaufs syndikat ausgetragen wurde. Die „Deutsche Arbeiter- und Ziegler-Zeitung“ berichtet darüber: „Am 31. Januar 1911 war die Portlandzementfabrik W. in G. einem süddeutschen Zementverkaufs syndikat, G. m. b. H., in Heidelberg als Gesellschafter bei-

getreten. Das Syndikat bezweckte, wie sich aus den Statuten ergibt, die Erzielung eines möglichst günstigen Absatzes der Produkte seiner Gesellschafter durch Ausschaltung einer sich abigenden Konkurrenz und Niederhaltung neu entstehender Konkurrenten. Dem Beitritt der Firma W. waren Verhandlungen vorausgegangen; insbesondere wünschte die Firma W. zu wissen, welche Stellung die übrigen Gesellschafter einnehmen, wie lange sie an das Kartell gebunden seien und ob sie etwa besondere Vergünstigungen genießen. Von seiten der gesetzlichen Vertreter des Syndikats antwortete man, daß die Gesellschafter sämtlich bis 1925 an das Kartell gebunden seien, im übrigen verwies man auf die Statuten. Am 15. März 1911 wurde das Stammkapital durch eine von der Firma W. einzuzahlende Stammeinlage von 28 600 Mark auf 699 000 Mk. erhöht. Am 8. Oktober 1912 folgt die Firma W. ihrem Beitritt zunächst an, indem sie geltend macht, sie sei von seiten der gesetzlichen Vertreter des Syndikats bei den Verhandlungen arglistig getäuscht worden; es seien nämlich nicht alle Werke bis 1925 an den Gesellschaftsvertrag gebunden, außerdem stünden einzelnen von ihnen erhebliche Vergünstigungen zu. Kurze Zeit danach wurde die Anfechtung zurückgenommen und statt dessen die Klage auf Schadenersatz erhoben.

Ihren Schaden berechnete die Firma W., indem sie davon ausging, daß ihre Produktion ohne Beitritt zu dem Syndikat bei gleichen Umkosten das Doppelte betragen haben würde, d. h. statt 3000 6000 Waggons Zement. Außerdem sei ihr von der Beklagten ein Preis von 270 Mk. pro Waggon geboten worden, während sie im freien Wettbewerb 300 Mark dafür bekommen haben würde. Der Schaden betrage demnach pro Jahr 30 x 6000 = 180 000 Mk. Von seiten der Beklagten wurde eingewendet, die Klägerin öchse von einer vollständig falschen Voraussetzung aus; wenn sie an dem Syndikat nicht beigetreten wäre, hätte daselbe gegen sie den Konkurrenzkampf eröffnet, wodurch der Absatz der Klägerin sehr bald ganz erheblich gesunken sein würde. Diesen Nachteil habe die Klägerin eben durch ihren Beitritt zu der Beklagten vermieden.“

Es interessiert uns hier weniger, daß die klagende Firma sowohl vom Landesgericht wie vom Oberlandesgericht Karlsruhe und vom Reichsgericht mit ihrem Anspruch abgewiesen wurde. Was uns zur Wiedergabe der wichtigen Angaben über den Rechtsstreit veranlaßt, ist einmal die Tatsache, daß das Syndikat sich die Niederhaltung neuer Konkurrenten schon statutenmäßig zum Zweck setzt und zum andern die vor Gericht ausgesprochene Drohung mit dem Konkurrenzkampf. Aber auch nicht um über die kapitalistischen Rücksichtslosigkeiten zu greifen, verweisen wir auf die Vorgänge, sondern nur um zu zeigen, wie wenig unsere Unternehmer ein Recht haben zu jammern und zu hegen, wenn einmal ein Arbeiter einem unorganisierten Kollegen gegenüber sich zu einem unbeachteten Wort hinreißen läßt. Wir billigen die Anwendung von Zwangsmitteln bei der Werbung für die gewerkschaftliche Organisation gewiß nicht, raten vielmehr immer entschieden davon ab. Gerade deshalb aber erscheint es uns nötig, zu zeigen, wo wirklich die Terroristen sitzen und wo die Gesetzgebung eingreifen müßte, wenn sie schon zum „Schutz des freien Mannes“ aufgerufen werden soll.

Arbeitsleistung von Gefangenen.

Ueber diese Frage schreibt B. Stengel in der „Linoleum-Industrie-Zeitung“ Nr. 89 vom 29. Juli 1916:

„Die Zufriedenheit der Arbeitgeberkreise mit den Leistungen der Gefangenen ist recht gering, obwohl die große Nachfrage vermuten ließ, daß die Gefangenen recht wohl zu brauchen seien. Schon in der ersten Zeit, als Kriegsgefangene abgegeben wurden, unterschied man zwischen ihnen und schloß von ihrer Herkunft auf ihre Arbeitsfähigkeit. Engländer und Belgier wollte man nicht, höchstens Franzosen, am liebsten Russen, denen die meiste Arbeitsfähigkeit nachgesagt wurde. Aber auch mit diesen und den Serben wollten manche schlecht Erfahrungen gemacht haben und verzichteten deshalb lieber auf die Arbeit durch Gefangene.“

Sie habe während des Krieges oft Gelegenheit gehabt, mit russischen und serbischen Kriegsgefangenen zu arbeiten, und muß gestehen, daß ich mit deren Leistungen recht zufrieden gewesen bin. Der beständigste Erfolg mit der Anstellung von Kriegsgefangenen wird nur dem beständigen sein, der es versteht, mit Arbeitern amzugehen, sich in das Los der Gefangenen hineinzuversetzen, und der bereit ist, für gute Arbeit mehr zu bezahlen als für schlechte. Im Grunde genommen ist es also daselbe mit Erzielung guter Arbeitsleistungen bei der Verwendung von Kriegsgefangenen, wie bei gewöhnlichen Arbeitern; vor allen Dingen kommt es darauf an, daß der Arbeitgeber es versteht, mit den Leuten umzugehen. Während es einem Arbeitgeber gelingt, sich ohne große Mühe einen Stamm guter Arbeiter dauernd zu erhalten, erblickt man beim andern stets neue Arbeiter, die nach kurzer Zeit wieder verschwinden. Da das Verschwinden den Kriegsgefangenen nur etwas schwer gemacht wird, so äußert sich hier die Unzufriedenheit in der Menge und Güte der geleisteten Arbeit. Bei einem Arbeitgeber, der von einem Kriegsgefangenen harte Arbeit verlangt, ihm aber gerade die Gegenleistungen an Nahrung und Geldentlohnung bewilligt, die von der Militärbehörde vorgeschrieben sind, wird man um übermäßige Arbeitsleistung nicht besorgt zu sein brauchen. Wird man einem jungen, unerfahrenen Mann die Aufsicht über die Gefangenen und die Arbeitsverteilung anvertrauen, so kann man sicher sein, daß Unzufriedenheit auf beiden Seiten herrschen wird. Man darf nicht vergessen, daß gerade bei der Ausnutzung der Arbeitskräfte der Kriegsgefangenen auch der Erfahrung noch lernen muß, und daß der Unersahrene mehr Unheil als Segen stiften wird. Junge (oder auch unvernünftige. D. M.) Leute, die man als Aufseher verwenden, fühlen sich zu sehr über die zu Bewuschäftigenden erhaben, lassen gern ihre Machtbezugnisse durchblicken und schämen durch ihr herrisches, schrilles Wesen eine tiefe Klüt anrichten und den Arbeitern. Durch den geschmeidigen, kalten Schmeichler und Schwächer lassen sie sich leicht betören, schenken Entlohnungen Gehör und verleben den Bert des in seinem Wesen schroffen, aufrechten, aber fleißigen Arbeiters vollständig. Die Folge davon ist, daß nicht nach den Leistungen bezahlt wird, sondern in der Weise, wie der junge Aufseher die Arbeiter bezaubelt, und die weitere Folge ist, daß der gute Arbeiter bald jenen Posten verläßt wird. Bei den Kriegsgefangenen wird die Arbeit verlangamt und verschlechtert, was schnell ist man mit dem Urteil fertig: „Die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen befriedigt nicht.“ Wo der Hase im Pfeffer liegt, wird aber nur dem klar werden, der sich selbst mit Verständnis um die Sache kümmert.“

Diese Darlegungen veranlassen sehr viel Sachkenntnis, Ereflichkeit und Objektivität. Bei Anwendung der hier gegebenen Ratschläge, anständige Bezahlung und Behandlung der Arbeiter, dürfte mancher Konflikt zwischen Arbeitgeber und Unternehmer vermieden werden.

Zusammenschluß der Zementindustrie.

Am 4. und 5. August fanden Beratungen der aus Vertretern aller Produktionsgebiete zusammengestellten Kommission für einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der deutschen Zementindustrie statt. Die Vertreter haben sich darauf geeinigt, zunächst die Gruppenorganisation zu festigen bzw. neu auszubauen. Erstreb wird die Bildung einer einheitlichen großen norddeutschen Gruppe neben dem durch die Außenleiter zu ergänzenden Rheinisch-Westfälischen Verbande und dem süddeutschen Syndikat. Abschließend soll ein Zusammenschluß dieser drei Gruppen unter möglichst wahrer der Selbstständigkeit der einzelnen verhandelt werden. Die Fortsetzung der Beratungen ist für Ende August in Aussicht genommen.

Der äußere Anlaß zum Werden dieser Organisation dürften die Bundesratsbestimmungen vom 20. Juni 1916 über Beschränkung des Absatzes und der Erzeugung von Zement sein.

Ber Sacharinpreis.

An den unverantwortlich hohen Preisen für Sacharin als Ersatz für Zucker ist schon verschiedentlich herbe Kritik geübt worden, und zwar mit Recht.

„Süßstoff ist, als die Zuckerknappheit offenbar wurde, zuerst zur Herstellung von Limonade, dann unter Verbot der Verwendung von Zucker für eine Reihe anderer gewerblicher Zwecke und endlich auch für den allgemeinen Bedarf von Kommunalverbänden, namentlich zur Versorgung der Kantinen und Gaststätten industrieller Werke, dann von Gasthäusern und von Haushaltungen freigegeben worden.“

„Auf Grund dieses Rückgangs sind auch die Verbandsentnahmen recht erheblich gesunken. Im Jahre 1914 betrug die gesamte Einnahme, trotz der fünf Kriegsmonate, in denen der größte Teil der Mitglieder arbeitslos war, und keine Beiträge zahlte, 404 860 Mk., während im Jahre 1915 nur eine Gesamteinnahme von 192 518 Mk. vorhanden war.“

„Unter dieser Stichmarke ist in einer Reihe Parteizeitungen eine Resolution veröffentlicht worden, welche eine Gewerkschaftsvorstandskonferenz am 12. Juli in Mannheim annahm.“

Berichte aus den Zahlstellen.

München. Im Burgfrieden. Das „goldene Wort“ Burgfrieden hat bei so manchen untrer Zeitgenossen die Auffassung erweckt, daß nach dem Kriege alle Vorkriegsgenossen in Einigkeit zusammenwirken werden.

Bulverexplosionen.

In Königsberg sind nach Mitteilung des stellvertretenden Generalinspektors des 1. Armeeartillerie-Regiments am 7. August, morgens 8 1/2 Uhr, im Kuppelboden eines Hauses eine Explosion russischer Munition stattgefunden.

Häufliche in der chemischen Fabrik Griesheim a. M.

Der Arbeiter der Chem. Fabrik Griesheim a. M., Max Engelhardt, früher Arbeiter der Chem. Fabrik Griesheim a. M., ist beim Waschen eines Haimes derpeile abgestürzt, wodurch die Säure herabgespritzt und ihm das rechte Auge schwer verletzt.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der Verband der Glasarbeiter im Jahre 1915.

„Auf Grund dieses Rückgangs sind auch die Verbandsentnahmen recht erheblich gesunken. Im Jahre 1914 betrug die gesamte Einnahme, trotz der fünf Kriegsmonate, in denen der größte Teil der Mitglieder arbeitslos war, und keine Beiträge zahlte, 404 860 Mk., während im Jahre 1915 nur eine Gesamteinnahme von 192 518 Mk. vorhanden war.“

Gewerkschaften und Friedensbestrebungen.

Zu der unter obiger Überschrift in Nr. 31 des „Prolet.“ abgedruckten Notiz erhalten wir folgende Zuschrift: „Da Sie die Resolution, welche eine Mannheimer Gewerkschaftsvorstandskonferenz vom 12. Juli annahm, in Ihrer Zeitung brachten, ersuchen wir Sie um Aufnahme nachstehender Notiz, die eine Klarstellung des Sinnes, in welchem die Resolution angenommen wurde, enthält.“

„Unter dieser Stichmarke ist in einer Reihe Parteizeitungen eine Resolution veröffentlicht worden, welche eine Gewerkschaftsvorstandskonferenz am 12. Juli in Mannheim annahm.“

Mit gewerkschaftlichem Gruß! M. Nagel.

„Das ist aber allerdings wenig burschenschaftlich. So verhält man die Gegenstände. Wir ersuchen den Herrn Direktor nun auf diesem Wege, sein gegebenes Wort einzulösen.“

Rundschau.

Gegen die Ausbeutung der Kriegsbefähigten.

Das Oberkommando in den Marken hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Um der Gefahr einer Ausbeutung der Kriegsbefähigten durch private Unternehmer und einer den wirklichen Interessen der Kriegsbefähigten nicht entsprechenden Verursachung vorzubeugen, ist verboten: 1. die öffentliche Anbahnung privater Lehrgänge, die zum Zwecke der Berufsausbildung Kriegsbefähigter eingerichtet oder bestimmt sind.“

Zur Lohnfrage der Kriegsbefähigten.

Ein mittelständiger und patriotischer Arbeitgeber ist der Inhaber der Germania-Brauerei in Driesen a. d. Nege, Herr Emil Kollatsch. In der Nr. 26 der „Allgemeinen Braumeister-Zeitung“ fand sich folgende Annonce:

Praktisch tüchtiger Brauer, bei gutem Gehalt für kleinere, bestens eingerichtete Brauerei gesucht. Auch für leicht Kriegsbefähigten Bewerber dauernde Stellung. Off. D. O. 5597 an d. Ztg. erbeten.

„Ich will Ihnen die Gelegenheit zu diesem Versuch geben und Sie vorläufig zu diesem Zweck ohne Gehalt anstellen.“

Der Brauer, dem dieses zweifelhafte Angebot gemacht wurde, hatte schon in seinem ersten Briefe angegeben, daß er ordnungsgemäß geleitet, die Gehaltsprüfung mit „gut“ bestanden und neben andern Stellen in einer mittleren Brauerei den Posten eines Oberbierführers versehen habe.

Verbandsnachrichten.

Statistik - Blaue Karten.

Für den Monat Juli haben trotz Wahlkarten nicht berichtet:

Table with 5 columns: Gau, Zahlstellen, männlich, weiblich, zusammen. Rows 1-15 showing data for different regions.

Statistik - Blaue Karten.

Für den Monat Juli haben trotz Wahlkarten nicht berichtet:

Table with 5 columns: Gau, Zahlstellen, männlich, weiblich, zusammen. Rows 1-15 showing data for different regions.

Mehrere Zahlstellen senden noch immer rote Wochenkarten und graue Monatskarten ein. Diese Karten sind ungültig und dürfen nicht mehr benutzt werden.

Vom 3. August 1916 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

„Am 21.8.15. Dresden 1319,44. Leipzig 68,61. Oldenburg i. G. 44,80. Eulgen 26,13. Braunschweig 8,02. Darmstadt 250,00. Kolberg 200,00. Parahim 400,00. Saarbrücken 23,67. St. Ingbert 13,48. Saargemünd 8,47. Aken a. d. E. 10,00. Altgaltsteinleben 2,00. Leipzig 1300,00. Stettin 256,85. Karlsruhe 100,99. D. S. 5,00.“

Am Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Rein - 35. Ehardtshausen 3,30. Schluss: Montag, den 14. August, mittags 12 Uhr. F. z. Brun s, Kassierer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1916 haben eingefandt: Braunschweig, St. Ingbert, Karlsruhe, Saarbrücken, Saargemünd.